



# Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 39

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 28. September 1918

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-  
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der  
Betrag ist stets vorher einzufenden).  
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

## Für eine weitere Teuerungszulage.

Während der Krieg in schärfstem Maße wittert und gerade wieder in diesen Tagen ein erneuter Friedensversuch brutal zurückgewiesen worden ist, wirken wir dahinein, um zu verhindern, daß Deutschland und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft nach der Abtötung zahlloser Tausende wirtschaftlich niedergeschlagen und kulturell auf den Stand längst verflorener Zeiten zurückgeworfen werde. Zu den Begleiterscheinungen des furchtbaren Krieges gehört ganz naturgemäß die gewaltige Steigerung der Preise für alle Bedarfsgegenstände, die in der allgemeinen Geldentwertung, in dem Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen, in dem Rückgang der Produktion und nicht zum wenigsten auch in dem skrupellosen Gebaren gewissenloser Wucherer ihre Ursache hat.

Diese Zustände bedrücken auch unsere Kollegen in ganz unerträglichem Maße. Deshalb entschlossen wir uns, beim Hauptverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, dem Bund Deutscher Dekorationsmaler und beim Westdeutschen Malermeisterverband um eine weitere Teuerungszulage zu ersuchen. Es geschah dies am 10. September durch folgendes den drei Verbänden in gleichem Wortlaut übermitteltes Schreiben:

Die anhaltende Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel zwingt uns leider, erneut mit dem Wunsch nach einer weiteren Teuerungszulage hervorzutreten. Diesen Schritt unternehmen wir nicht lediglich, weil wir die sich ständig erhöhende Notlage unserer Kollegen erkannt haben, sondern vor allem auch, weil wir seit Wochen schon mit Zuschriften und Anträgen aus unsern Mitgliedsvereinen geradezu bedrängt werden, die tiefste Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen bekunden und uns zu entscheidenden Schritten anfordern.

In all diesen Zuschriften zeigt sich größter Unwille über das unerträgliche Maß von Opfern, die der einzelne bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen bringen muß. Bei objektiver Betrachtung der bestehenden Verhältnisse muß das Verlangen unserer Kollegen nach einer weiteren Teuerungszulage durchaus erklärlich erscheinen. Denn nicht nur die im Schleichhandel zu beziehenden Lebensmittel sind nur noch zu skandalösen Preisen zu haben, sondern auch die rationierten — von denen im übrigen kein Mangel an geistig arbeitender Mensch existieren kann — wie Brot, Kartoffeln, Gemüse, Butter usw. usw., werden ständig teurer.

Dazu kommt die jedes Übersteigende Verteuerung der Bekleidungsgegenstände, Mieten, Fahrpreise, der Wirtschaftsgüter aller Art, erhöhte Steuerlasten usw. Insbesondere kann die Erhebung von völlig aufgebrauchten Arbeitskleidern, Arbeitsbüchern, Wäsche usw. in vielen Fällen nunmehr nicht mehr hinausgeschoben werden, wenn unsere Kollegen überhaupt noch arbeitsfähig bleiben sollen.

Diese Zustände sind so offenkundig, daß wir sie Ihnen gegenüber hier nur anzudeuten für nötig halten, und so unhaltbar, daß sie bestimmt auch Ihrer Meinung nach unsern beiderseitigen Organisationen die Pflicht auferlegen, ohne jedes Zögern eine weitere Verbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft auch unseres Gewerbes herbeizuführen. Was bisher in dieser Beziehung während des Krieges vereinbart wurde, soll nicht herabgesetzt werden, es entspricht aber noch nicht einmal dem dritten Teile der eingetretenen Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltung; würde hier nicht baldigst nachgeholfen, so müßte die völlige Degeneration und die weitere Flucht unserer Kollegen zu andern Gewerben, die sich auf Jahre und Jahrzehnte hinaus bitter rächen würde, die unabwendbare Folge sein.

Wir und unsere andern Organisationsinstanzen haben zunächst die uns bedrängenden Mitglieder und Filialvereine unserer Verbände auf die im Februar getroffenen Vereinbarungen und auf die insbesondere im Holz- und Baugewerbe stattfindenden Verhandlungen verwiesen. Nachdem diese jedoch nunmehr beendet sind und natürlich zu weiteren Zulagen geführt haben, so daß der bisher leider zwischen den Löhnen der Arbeiter jener und unseres Gewerbes schon bestandene große Abstand noch ganz erheblich erweitert wurde, gebietet uns unser Verantwortungsgefühl gegenüber unserer Kollegenchaft wie auch dem Gewerbe an sich, nicht vor der Formalität haltzumachen, daß die bestehende Vereinbarung bis 15. Februar nächsten Jahres gelten sollte; dazu sind die Begleiterscheinungen des uns umtobenden Krieges zu folgenschwer. Mit solch anormalen Verhältnissen wie jetzt werden wir niemals wieder zu rechnen haben.

In weiten Kreisen Ihrer Kollegen ist die Ueberzeugung, daß der von uns eingeschlagene Schritt erfolgen muß, auch bereits vorhanden. Denn den Gehilfen verschiedener Orte, die um eine Berücksichtigung ihrer Notlage durch eine Lohnerhöhung baten, wurde ausdrücklich, teils auf Grund von Versammlungskundgebungen, erklärt, daß ihr Vorgehen zwar durchaus berechtigt sei, jedoch ohne Zustimmung der zentralen Organisationsleitungen und ohne einen Antrag unsererseits vorerst leider nichts gewährt werden könne.

Ueberzeugt davon, daß Sie unsern oben gestellten Anträge beifügten und sich zu baldigst stattfindenden Verhandlungen zur Verfügung stellen, werden wir Ihnen bis Ende September über die Höhe der von uns als erforderlich gehaltenen Ansprüche bestimmte Vorschläge unterbreiten.

Eine Abschrift hiervon ging mit gleicher Post auch dem Reichswirtschaftsamt zu mit dem Ersuchen, in der Angelegenheit vermittelnd einzugreifen und einen geeigneten Verhandlungstermin baldmöglichst festzusetzen.

Wir nehmen bestimmt an, daß unser Antrag von den maßgebenden Arbeitgeberkreisen unterstützt werden wird; zum Nutzen der Allgemeinheit und der sozialen Stellung unseres Gewerbes und all seiner Angehörigen. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit werden wir weiter berichten.

Der Verbandsvorstand.

## Ein weiteres Vorgehen für Lebensmittelzulagen an unsere Kollegenchaft.

Durch eine eingehend begründete Eingabe vom 6. Oktober vorigen Jahres wandten wir uns an das Kriegsernährungsamt zu Berlin, um zu erreichen, daß bei der Zuweisung von Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen auch unsere außerordentlich schwer arbeitenden und allgemein gesundheitlich gefährdeten Berufskollegen mit berücksichtigt werden. Hierauf ging uns unter dem 10. Oktober der Bescheid zu, daß hierüber nur die zuständigen Kommunalverbände entscheiden könnten, die die Möglichkeit hätten, unter Anhörung des in jedem Orte bestehenden Arbeiterausschusses auch andere Arbeiter, die nicht unter die in den allgemein herausgegebenen Richtlinien aufgeführten Gruppen fallen, als Schwer- und Schwerstarbeiter anzuerkennen. (Eingabe und Bescheid darauf wurden im „Verbands-Anzeiger“ vom 27. Oktober 1917 abgedruckt.)

Danach forderten wir unsere Filialverwaltungen auf, örtlich die erforderlichen Schritte zu unternehmen, und berichteten über das dadurch erzielte Resultat im „Verbands-Anzeiger“ vom 23. März d. J. in ausführlichem Maße. Die um eine Berücksichtigung unserer Berufsgenossen angegangenen Kommunalbehörden haben seinerzeit nur zum Teil — etwa zur Hälfte — Entgegenkommen gezeigt, so daß von einer befriedigenden Regelung der Angelegenheit keine Rede sein konnte, selbst wenn man den nun einmal bestehenden Mangel an Lebensmitteln und die schwierige Lage, in der sich die örtlichen Versorgungsstellen fast allgemein befinden, durchaus berücksichtigt.

Im Laufe der Zeit gingen uns indes immer weitere Beschwerden zu. Aber auch unter den Arbeitgebern steigerte sich die Unzufriedenheit über die unzureichende Ernährung; denn von diesen arbeitet jetzt mehr als sonst ein größerer Teil praktisch mit und verspürt den Mangel an genügend Lebensmitteln bei schwerer körperlicher Arbeit am eigenen Leibe; ferner befürchtet man hier wohl auch nicht mit Unrecht, daß ein weiterer Teil der noch im Berufsarbeitenden Gehilfen in die besser versorgten Munitionsbetriebe übergehen könnte. Darum regte schließlich der Arbeitgeberverband bei unserm Verbandsvorstand ein gemeinschaftliches Vorgehen an, dem dieser selbstverständlich ohne weiteres beifügliche, wenngleich unsere Hoffnungen auf ein günstigeres Resultat nicht hoch gespannt waren.

So ging denn am 22. August d. J. eine erneute Eingabe an das Kriegsernährungsamt ab, in der auf unsere vorjährige Eingabe verwiesen, deren sachlicher Inhalt kurz

noch einmal wiedergegeben und zum Schluß erklärt wurde, daß infolge des geringen Erfolges unserer Bemühungen bei den zuständigen Kommunalverbänden von den betroffenen Arbeitern und Arbeitgebern, denn auch diese arbeiten jetzt mehr als unter Friedensverhältnissen im Gewerbe praktisch mit, an die beiderseitigen Organisationen gerichteten Beschwerden außerordentlich groß seien und die tiefgehende Unzufriedenheit erkennen lasse, die unter den immer unerträglicher werdenden Ernährungsverhältnissen einer unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen existierenden Erwerbsfähigkeit besteht. „Es kommt hinzu — so hieß es weiter —, daß bei der allgemeinen Einschränkung, die im Malergewerbe jetzt stattfinden muß, fast nur noch kriegswichtige Arbeiten ausgeführt werden, so daß eine Ausschaltung der Maler und Anstreicher von der allgemeinen Liste der Schwer- und Schwerstarbeiter und angesichts des geringen Entgegenkommens der Kommunalverbände als eine Ungerechtigkeits empfinden wird. — Wir bitten deshalb das Kriegsernährungsamt dringend, unsere Wünsche nochmals eingehend prüfen und durch eine entsprechende Verordnung an die zuständigen Behörden erfüllen zu lassen.“

Hierauf ging unter dem 28. August folgender ablehnende Bescheid ein:

Ich bestätige den Eingang des Schreibens vom 22. August 1918 und erwidere erachtend, daß ich die Ausführenden meines Schreibens vom 10. Oktober 1917 aufrechterhalten muß. — Von der Zentralkasse kann die Einreichung der Maler, Lackierer und Anstreicher in die Listen der Schwerarbeiter aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht vorgenommen werden. — Ich bedauere, auch heute einen abschlägigen Bescheid geben zu müssen. gez.: Klein.

Danach bleibt es unsere Aufgabe, in den einzelnen Orten tätig zu sein, um im Rahmen der hier gegebenen Möglichkeiten — und diese bestehen auch nach dem vorliegenden Bescheid, der nur ein direktes Eingreifen der zentralen Stelle, und zwar lediglich aus grundsätzlichen Erwägungen, nicht zusagt, durchaus — für unsere Berufsgenossen Erleichterungen zu schaffen. Auch hier wird ein gemeinsames Vorgehen der Arbeitgeber- und unserer Organisation von besonderer Wirkung sein. Wir ersuchen unsere Filialverwaltungen, in diesem Sinne tätig zu sein und den Bezirksleitern und dem Verbandsvorstand über die von ihnen zu unternehmenden Schritte und deren etwaigen Ergebnisse zu berichten.

## Die Gewerkschaften und der Frieden.

Auf der am 10. September in Berlin abgehaltenen Konferenz der Verbandsvorstände leitete der Vorsitzende der Generalkommission gegen seinen Verzicht über deren Tätigkeit, zu dem völkerverbeihenden Treiben Comperz, des Vorsitzenden der amerikanischen Landeszentrale, folgende Erklärung an:

Wir waren ununterbrochen bemüht, mit den Gewerkschaften der Entente über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zu einer Verständigung zu kommen und damit dem Frieden zu dienen. Leider ohne nennenswerten Erfolg. Jede Friedensbestrebung der Arbeiterschaft der Entente wird mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Jetzt ist auch der Vorsitzende der American Federation of Labour, Comperz, nach Europa gekommen, aber nicht, um seine Pflicht als Arbeitervertreter zu erfüllen und seinen Teil dazu beizutragen, daß dem grausigen Morden und Verwüsten ein Ende bereitet wird. Er will im Gegenteil die Kämpfe von Friedenssuegung, das in der Arbeiterschaft Englands aufgeflickt ist, wieder verlöschen. Auf einem Bankett, das am 30. August in London zu seinem Empfang veranstaltet wurde, antwortete Comperz auf die Begrüßungsrede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George. Er forderte die Niederwerfung Deutschlands und lobte die englische Nation, die in dem Kampfe gegen die „Spinnen“ sich so tapfer gehalten habe. Die Zustände in dem Lande, das Comperz vertritt, geben ihm keine Veranlassung, in dieser beleidigenden Weise von der Arbeiterschaft Deutschlands zu sprechen.

Alle Maßnahmen vor der Energie und Arbeitsleistung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Aber auch die be-

neitherster Freund wird nicht in Abrede stellen können, daß in diesem Lande alles noch im Werden begriffen ist.

Was will denn die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, der Vereinigten Staaten von uns? Wir haben ihnen Lande unsere Arbeit und unsere Arbeiter gegeben.

Als gegen unseren Willen der meingeschranke U-Boot-Krieg angekündigt war, ersuchte Gompers die Gewerkschaften Deutschlands, die Regierung zu veranlassen, von der Anwendung dieses Kampfmittels abzusehen.

Dem gegenüber haben die Gewerkschaften Deutschlands getreu den Grundfäden, die am 4. August 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage aufgestellt worden sind, gehandelt.

Noch ein anderes aus der Rede Gompers sei erwähnt. Er lobte die englische Seemannsgewerkschaft, die auf eigene Faust vielfach im Gegensatz zu der Auffassung der Mehrheit der Gewerkschaften Englands, Politik treibt.

Die Reden von Gompers sind geeignet, die Allen Deutschen zu nützen, deren Bestreben und Ziele die Gewerkschaften Deutschlands mit aller Entschiedenheit ablehnen.

ein dauernder sein und allein dazu führen kann, das Nebeneinander- und Miteneinanderarbeiten der Völker wieder zu ermöglichen.

Lohnbewegungen-Teuerungszulagen.

Berlin. Am 10. August dieses Jahres nahmen die Kollegen der Firma C. W. Goetz, Textilische Anstalt in Friedenan, zu einer Lohnbewegung Stellung.

Wenn bei dieser Lohnbewegung auch keine direkte Lohnerhöhung festgelegt ist, sondern nur die niedrigsten Akkordsätze aufgebessert worden sind, haben doch immerhin unsere Kollegen, da sie die Stunde 80 % mehr schreiben werden, einen schönen Erfolg zu verzeichnen.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Mürnberg. Am 2. September tagte im „Historischen Hof“ eine für das Lohngebiet Nürnberg-Fürth angelegte öffentliche Wählerversammlung, die den jetzigen Verhältnissen entsprechend gut besucht war.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Ausschuß beim Reichswirtschaftsamt für die Rohstoffversorgung des Malergewerbes.

1. Vertreter des Handels: Kulmann, in Firma F. N. Kulmann (Berlin), Schubverband der Lack- und Farbindustrie Deutschlands (Berlin), Landgraf (Hannover), Schubverband der deutschen Lack- und Farbengroßhändler Norddeutschlands (Hannover).

Gewerkchaftliches.

Gewerkchaftsvertreter beim Reichskanzler. Auf Beschluß der Konferenz der Verbandsvorstände hatte sich am 12. September eine aus fünf Verbandsvorstehenden gebildete Kommission unter Führung des Vorsitzenden der Generalkommission zum Reichskanzler begeben.

Zur Ernährungsfrage stellte der Staatssekretär v. Waldow die Wiederherstellung der vollen Rationierung in bestimmter Aussicht. Eine Erhöhung der Kartoffelration könne er nicht versprechen.

Das positive Ergebnis der Besprechung ist also gleich Null, es bedeutet aber vielleicht doch einen Gewinn, daß die Reichsregierung unvermittelt zu hören bekam, wie das Volk über die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen, über die Politik im Innern und über die Kriegsziele denkt.

Die Landeskommission der hessischen Gewerkschaften hat an das großherzoglich hessische Ministerium des Innern und an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die sich gegen die ständige Steigerung der Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter wendet.

Steinarbeiter und Schwertarbeiter. Der Verband der Steinarbeiter hatte sich mit einer dringlichen Eingabe an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes gewandt, die Steinarbeiter endgültig als Schwerstarbeiter anzuerkennen.



